

# PRÜFSTEINE FÜR DIE POLITIK

Gemeinsam haben IHK Berlin und Branchen- und Fachausschüsse für die Wahl zum Abgeordnetenhaus einen Katalog mit Forderungen und Vorschlägen erstellt – unternehmensnah und konkret

VON *Almut Kaspar*

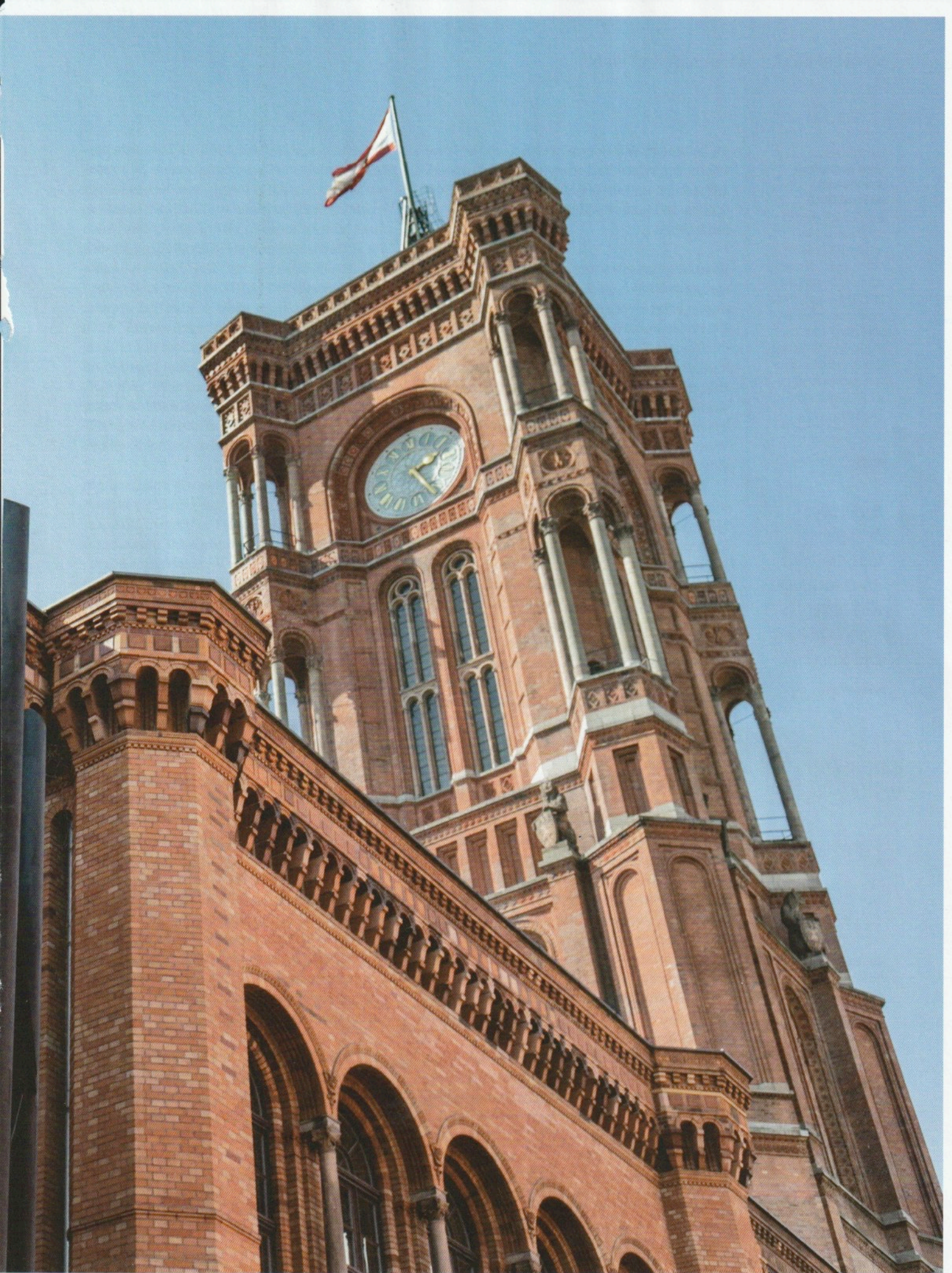
**N**ichts ist mehr so, wie es war: Die Folgen der Corona-Pandemie haben die Wirtschaft in der Hauptstadt ins Mark getroffen und zu einem dramatischen konjunkturellen Einbruch geführt. Vorbei die Zeit sprudelnder Steuereinnahmen und Haushaltsüberschüsse – jetzt gilt es die Herausforderungen der nahen Zukunft zu meistern. Mit der Wahl des neuen Berliner Abgeordnetenhauses werden am 26. September die politischen und wirtschaftlichen Weichen für die kommenden fünf Jahre gestellt.

Auch für diesen Urnengang hat die IHK Berlin wieder Wahlprüfsteine (WPS) erarbeitet, die seit der Abgeordnetenhauswahl 2006 den politischen Akteuren vor jeder Legislaturperiode die Vorstellungen, Anregungen und Forderungen der Berliner Wirtschaft übermitteln und Aufschluss darüber geben, was die Unternehmerschaft von

einem neuen Senat erwartet. In diesem Jahr dürften besonders jene Vorschläge interessieren, die aufzeigen, mit welchen Maßnahmen die Stadt wieder auf den Wachstumspfad kommen kann. Dazu gehören vor allem die Erleichterung des Wohnungsbaus sowie Investitionen in Digitalisierung, Infrastruktur und Nachhaltigkeit, aber auch die Modernisierung der Verwaltung und die Deckung des Fachkräftebedarfs.

Die Erstellung der aktuellen WPS maßgeblich begleitet haben die sieben Fachausschüsse und acht Branchenausschüsse der IHK. „Insbesondere diese Form der Beteiligung hat dazu geführt, die wichtigsten Forderungen an die Politik unternehmensnah und konkret zu machen“, sagt Dr. Beatrice Kramm, die Präsidentin der IHK Berlin. „Im Ergebnis haben wir damit dem neuen Senat bereits heute ein echtes Arbeitsprogramm für die neue Legislaturperiode mitgegeben.“ »

*Wer immer künftig vom Roten Rathaus aus die Geschicke der Hauptstadt lenkt: Das Arbeitsprogramm der IHK Berlin steht*



**Matthias Patz**  
**Leiter Innovation & New Ventures,**  
**DB Systel GmbH**

Der IT-Manager bei der Bahn-Digital-tochter DB Systel ist Vorsitzender des Ausschusses Innovation und Technologie sowie des Kuratoriums der Technologiestiftung Berlin. Digitalisierung und der Ausbau der technischen Infrastruktur sind seine Themen.

”

Berlin liegt mit seiner Glasfaser-Anschlussquote weit hinter Köln, Hamburg und München.

Matthias Patz

**40 %**

**CO<sub>2</sub>-Emissionen** hat Berlin seit 1990 eingespart, maßgeblich durch das Engagement der Hauptstadt-Unternehmen.

**300.000**

**neue Wohnungen** will die CDU bis 2035 schaffen, die SPD rechnet mit 200.000 Einheiten bis 2030.

Im laufenden Wahlkampf werden wir die Positionen der Wirtschaft immer wieder lautstark ansprechen und auf die Aufnahme unserer Vorschläge in einem möglichen Koalitionsvertrag hinarbeiten.“

**Wohnungsbau erleichtern, Gewerbe sichern**

Steigende Mieten, stockender Wohnungsneubau, immer höhere Preise für Eigentumswohnungen: Die Probleme auf dem Berliner Immobilienmarkt dürften zu einem zentralen Thema des Wahlkampfes werden. Die Politik, so der Vorschlag der IHK, müsse auf die Immobilienbranche zugehen, damit die Engpässe am Berliner Wohnungsmarkt beseitigt werden können – die Schaffung neuen Wohnraums könne nur gemeinsam mit der privaten Wohnungswirtschaft gelingen.

Eingriffe wie restriktiveres Baurecht, vermehrter Ausweis von Milieuschutzgebieten, Mietendeckel, Vorkaufsrecht oder drohende Enteignungen von Immobilienkonzernen sollten unterbleiben. Dagegen müssten Beschleunigungspotenziale beim Wohnungsbau genutzt werden: einheitliche Vorgaben bei Planungsprozessen zum Beispiel, ausreichendes Personal in den Planungsämtern oder vereinfachte Bedingungen, um höher und dichter bauen zu können. Gleichzeitig sollten innerstädtische Quartiere gestärkt und die Verdrängung von Gewerbe verhindert werden.

„Die Politik könnte Rahmenbedingungen entwickeln, die die Immobilienwirtschaft dabei unterstützen, bezahlbaren Wohnraum zu schaffen“, sagt Jana Mrowetz, Geschäftsführerin der GIBE Real Estate GmbH und Mitglied der IHK-Vollversammlung. „Wir hören immer nur von der Mietpreisbremse. Wo ist zum Beispiel die Baulandbremse? Warum werden nicht die Preise für Bauland reguliert oder zum Beispiel Projektentwickler unterstützt, die tatsächlich auf ihren Grundstücken bauen, statt diese nur spekulativ weiterzuverkaufen?“ Die teilweise extrem langen und aufwendigen Prozesse in der Verwaltung, so Unternehmerin Mrowetz, führten zudem zu steigenden Kosten, die Wohnungen kaum noch bezahlbar machen.

„Bis 2030 nehmen wir uns vor, 200.000 neue Wohnungen zu bauen“, sagt die Spitzenkandidatin der SPD, Franziska Giffey, „das können wir gemeinsam mit allen Partnern erreichen: den städtischen Wohnungsbaugesellschaften und den Genossenschaften, aber auch den privaten Wohnungsunternehmen.“ Ein starkes „Bündnis für

Wohnungsneubau Berlin“ soll auf Zusammenarbeit und nicht auf Enteignung setzen. „Wir müssen aber ebenso dafür sorgen, dass die bereits hier lebenden Berlinerinnen und Berliner nicht aus ihren Mietwohnungen verdrängt werden.“ Auch die Grünen-Spitzenkandidatin Bettina Jarasch will „bauen, bauen, bauen“. Das allein reiche aber nicht: „Die soziale Frage wird im Bestand gelöst.“ Deshalb brauche es mehr Mietenregulierung: „Dafür werden wir neue Lösungen suchen.“ Auch Dr. Klaus Lederer, Spitzenkandidat der Linken, würde alle Möglichkeiten nutzen, regulierend in den Wohnungsmarkt einzugreifen. „Wir wollen die öffentlichen Wohnungsbestände durch bezahlbaren Neubau, Ankauf und eine Vergesellschaftung der großen privaten Immobilienkonzerne massiv ausweiten.“

„Untaugliche Instrumente wie Enteignungen und Mietendeckel bringen uns kein Stück weiter“, sagt CDU-Spitzenkandidat Kai Wegner, „stattdessen brauchen wir ein Bündnis für bezahlbares Bauen und Wohnen mit Vertretern der öffentlichen und privaten Wohnungswirtschaft, der Mieterinnen und Mieter, der Berliner Bauunternehmen, der Genossenschaften und der Politik und Verwaltung – alle Akteure gehören an einen Tisch, um gemeinsam Lösungen zu entwickeln, die für alle funktionieren.“ Bis zum Jahr 2035 will Wegner mit der CDU mindestens 300.000 neue Wohnungen bauen lassen. Dafür brauche es mehr Bauland, weniger Bürokratie und schnellere Baugenehmigungen.

Für eine Entrümpelung der Bauordnung spricht sich auch FDP-Spitzenkandidat Sebastian Czaja aus – möglich gemacht werden müsse „genehmigungsfreier Dachgeschossausbau, Einführung einer Typenbaugenehmigung, Aktivierung von Bauland in Bundesbesitz, Digitalisierung von Planungs- und Genehmigungsprozessen oder Einführung eines Baulückenkatasters“. Und das Modell der Wohnungsmietergenossenschaften will der Freidemokrat auf Gewerbetreibende übertragen. „Die Investitionsbank Berlin soll die Finanzierung mit 10 Prozent des Kaufpreises über Darlehen unterstützen.“

Um die Wohneigentumsquote in Berlin zu erhöhen, regt die AfD-Spitzenkandidatin Dr. Kristin Brinker an, die Grunderwerbssteuer auf 3,5 Prozent zu senken. „Hinzu kommen einmalige Freibeträge von 100.000 Euro für jeden Erwachsenen und 50.000 pro Kind.“ Eine Senkung der Wohnnebenkosten könnte mit der vollständigen Abschaffung der Grundsteuer und »





**Jana Mrowetz**  
**Geschäftsführerin GIBE**  
**Real Estate GmbH**

Die Immobilien-Unternehmerin engagiert sich als Mitglied der IHK-Vollversammlung für die Belange der Hauptstadt-Wirtschaft. Für mehr bezahlbaren Wohnraum setzt sie auf Steuerungsinstrumente wie eine Bauland-Preisbremse statt auf den Mietendeckel.

„Kompensation der fehlenden Einnahmen durch Bundesmittel“ erreicht werden.

#### **Wirtschaft und Verwaltung digitalisieren**

Die Politik müsse, so heißt es im Wahlprüfstein der IHK, die Digitalisierung von Wirtschaft und Verwaltung priorisieren und zur Chefsache machen – zentral gesteuert, koordiniert und umgesetzt in der Staatskanzlei durch einen Chief Digital Officer im Amt eines Staatssekretärs. Kommunale Unternehmen wie das ITDZ sollten stärker in landespolitische Strategien zu E-Government, Digitalisierung und Smart City eingebunden werden. Gleichzeitig müssten die Glasfaserinfrastruktur ausgebaut, die WLAN-Verdichtung vorangetrieben und Verwaltungsservices durch digitale Bürgerämter optimiert werden. Nicht zuletzt sei der Digitalpakt Schule effektiv umzusetzen: alle Schulen ans Glasfasernetz anbinden, Unterrichtsräume vernetzen, Lehrkräfte schulen, die Berliner Lernplattform umfassend mit Personal und Infrastruktur ausstatten.

„Die in dieser Legislaturperiode erprobte Querschnittsverteilung der digitalpolitischen Zuständigkeiten ohne zentrale Steuerung hat nach fünf Jahren nicht den gewünschten Erfolg erzielt“, sagt Matthias Patz, leitender IT-Manager bei der Deutschen Bahn sowie Vorsitzender des Kuratoriums der Technologiestiftung Berlin und des IHK-Ausschusses Innovation und Technologie, „eine zentrale Verantwortung und Koordinierung mit Mandat, Ressourcen und Budget sollte künftig die Antwort sein.“ Trotz erkennbarer, aber viel zu langsamer Fortschritte seien die großen Handlungsbedarfe Berlins beim Glasfaserausbau für die Wirtschaft bereits lange ein Bremsklotz, „denn mehr als ein Viertel der Unternehmen sind mit der Breitbandversorgung unzufrieden“. Eine flächendeckende Glasfaserversorgung, so Patz, sei ausschlaggebend für die Attraktivität des Wirtschaftsstandorts. „Berlin hat mit seiner niedrigen einstelligen Glasfaser-Anschlussquote dabei einen großen Aufholbedarf und liegt weit hinter Städten wie Köln, Hamburg und München.“

Für die SPD-Landesvorsitzende Franziska Giffey ist klar: „Zukunftsfähige Politik braucht eine zukunftsfähige Verwaltung, und eine zukunftsfähige Verwaltung braucht eine moderne, standardisierte und leistungsstarke IT-Infrastruktur.“ Deshalb wolle ihre Partei in jeder Behörde eine „Stabstelle Digitalisierung“ einrichten. Noch weiter geht CDU-Chef Kai Wegner, der eine Senatsverwaltung für Digitalisierung und Personal schaffen und eine Personaloffensive starten will. „Zudem wollen wir ein zentrales digitales Bürgeramt auf Landesebene einrichten, damit möglichst alle Behördengänge schnell und bequem vom Sofa oder vom heimischen Schreibtisch aus erledigt werden können.“ So etwas hat auch FDP-Spitzenkandidat Sebastian Czaja vor, der ein „Digitales Rathaus“ als alternatives Angebot zu den zwölf Bezirksverwaltungen realisieren will. „Dabei soll dieses ‚Digitale Rathaus‘ ein echter digitaler Neubau sein, für den Geschäfts- und Verwaltungsprozesse gänzlich neu gedacht und realisiert werden können.“

#### **Modernisierung der Verwaltung**

Die Berliner Wirtschaft wartet seit Jahrzehnten auf die erfolgreiche Modernisierung der Verwaltung, die für wirtschaftliches Wachstum unverzichtbar ist. Um die gegenseitige Blockade zwischen Senat und Bezirken bei einer Vielzahl von Projekten aufzulösen, so die Forderung der IHK,

müsse vor allem die Struktur der Verwaltung den Anforderungen einer Einheitsgemeinde angepasst und Aufgaben und Zuständigkeiten von Senat und Bezirken klar geregelt werden. Außerdem sollte die Fachaufsicht des Senats gegenüber den Bezirken wieder eingeführt und die Bezirksbürgermeister mit Weisungsbefugnissen ausgestattet werden. Und das Stellenbesetzungsverfahren müsse weiter verkürzt und die Anzahl unbesetzter Stellen bis zur Hälfte der neuen Legislaturperiode halbiert werden.

„Für Unternehmen, die viel mehr Verwaltungskontakte als Bürger haben, sind drei Punkte wichtig“, sagt Sebastian Stietzel, Geschäftsführer der Marktflagge GmbH und Vorsitzender des Kompetenzteams Mittelstand der IHK Berlin. „Erstens brauchen sie einen einfachen Zugang; sofern möglich und gesetzlich zulässig, sollte der Verwaltungskontakt vollständig digital stattfinden können.“ Das schließe auch die Transparenz über den Bearbeitungsstand ein. „Zweitens sollten durch die Digitalisierung der internen Ver-

waltungsprozesse die Bearbeitungszeiten so kurz wie möglich und dem Anliegen angemessen sein – und drittens sollten speziell in Berlin die Verfahren über alle Bezirke hinweg einheitlich sein, denn viele Unternehmen arbeiten ortsübergreifend.“ Alle diese Anforderungen seien durchaus schon im Onlinezugangsgesetz (OZG) sowie im Berliner E-Government-Gesetz abgebildet, deren Umsetzung aber noch immer auf sich warten lasse.

„Wir brauchen eine umfassende Verwaltungsreform“, sagt der CDU-Politiker Kai Wegner. „Der Schlüssel für die erfolgreiche Gestaltung des Wirtschaftsstandortes liegt in einer leistungsfähigen und serviceorientierten Verwaltung mit klaren Zuständigkeiten.“ Diese eindeutigen Verantwortlichkeiten will die FDP, wie andere Parteien auch, mit einer Reform erreichen, die in den Bezirken „Koalitionsregierungen“ zuließe. „Wir fordern“, sagt Sebastian Czaja, „die Direktwahl der Bezirksbürgermeister und -meisterinnen und das politische Bezirksamt, also die Wahl der »

”

Warum werden nicht Projektentwickler unterstützt, die tatsächlich auf ihren Grundstücken bauen?

Jana Mrowetz

**Deine besten Mitarbeiter\*innen treiben davon? Wir haben was dagegen. Unser Firmenticket.**

**Über 50% sparen!\***



WEIL WIR DICH LIEBEN.

Schon ab 5 Mitarbeiter\*innen möglich: Das BVG-Firmenticket für dein Unternehmen. Jetzt beantragen, BVG-Rabatt sichern und vom Steuervorteil profitieren.

[BVG.de/Firmenticket](https://www.bvg.de/Firmenticket)

\* 50% Ersparnis im Abonnement inkl. Arbeitgebendenzuschuss und BVG-Rabatt im Vergleich zum Einzelkauf von 12 Monatskarten

